



# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 26. JANUAR 2021



## ANTRAG MITTLER\*INNEN UND LOTS\*INNEN EINE DAUERHAFT PERSPEKTIVE GEBEN

Viele Menschen, die aus dem Ausland nach Bremen gezogen sind, benötigen am Anfang Unterstützung, um sich in der neuen Umgebung zurecht zu finden. „Sprach- und Integrationsmittler\*innen“ sowie „Sprach- und Kulturlots\*innen“ können dabei einen wertvollen Beitrag leisten und haben sich bewährt. Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die Bürgerschaft daher heute einen Antrag beschlossen, in dem der Senat aufgefordert wird, ein Konzept zu erstellen, um diesen Menschen den Einstieg in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu ermöglichen.

Gerade am Anfang ist es für viele schwer. Wer aus dem Ausland nach Bremen kommt – ob mit Fluchterfahrung oder ohne – steht häufig zunächst vor einer Reihe von Problemen. Und viele dieser Menschen brauchen auch Unterstützung. In Bremen gibt es ein gutes und weit verzweigtes Netz von Organisationen, die helfen, wenn es familiäre Probleme, Schwierigkeiten mit der Erziehung oder andere Notlagen gibt, in denen Menschen auf professionelle Unterstützung angewiesen sind. Allerdings gibt es oft Probleme, neu zugewanderte Menschen auch zu erreichen.

Eine zusätzliche Hürde stellt hier oft nicht nur die Sprache dar. Viele Menschen, die in

frühen Integration in die Bremer Stadtgesellschaft“, sagte die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Valentina Tuchel, heute in ihrer Rede in der Bürgerschaft.

Dabei handelt es sich um Menschen, die selbst über eine Migrationsgeschichte verfügen und mit öffentlicher Förderung zu „Sprach-

Bremen eine neue Heimat finden wollen, wissen schlicht nicht, dass es diese Hilfsangebote in ihrer Nachbarschaft gibt oder trauen sich – auch wegen der Schwierig-



Valentina Tuchel

keiten bei der Verständigung – nicht, solche Angebote in Anspruch zu nehmen. „Sprach- und Integrationsmittler\*innen“ und „Sprach- und Kulturlotsen“ leisten hier wertvolle Arbeit und einen erheblichen Beitrag zu einer möglichst

und Integrationsmittler\*innen“ und „Sprach- und Kulturlots\*innen“ fort- oder ausgebildet wurden. Sie helfen nicht nur bei sprachlichen Verständigungsproblemen, sondern bieten auch Unterstützung bei Behördengängen, Arztbesuchen oder zu erledigenden Formalitäten.



Foto: Dieter Schütz pixelio.de

Die Etablierung dieses Fortbildungsberufes habe in den vergangenen Jahren in vielen deutschen Kommunen gute Fortschritte gemacht, so Tuchel. „Leider verblieb der Großteil der ‚Sprach- und Kulturlots\*innen‘ und der ‚Sprach- und Integrationsmittler\*innen‘ in den vergangenen Jahren im Anschluss an die Fortbildung selbst in öffentlich geförderten Beschäftigungsprojekten oder ist vorwiegend ehrenamtlich tätig.“

Hier setzt nun der heute beschlossene Antrag an. „Da sich der Einsatz von Mittler\*innen und Lots\*innen in Bremer Ämtern und Behörden in den vergangenen Jahren sehr bewährt hat und damit gleich-

zeitig für sie eine berufliche Perspektive geschaffen wurde, sollte nun den qualifizierten ‚Sprach- und Kulturlots\*innen‘ und ‚Sprach- und Integrationsmittler\*innen‘ ein beruflicher Einstieg in eine sozialversicherungspflichtige und dauerhafte Beschäftigung eröffnet werden“, erklärte Tuchel. Dazu soll der Senat nun ein Konzept entwickeln. „Damit“, so Tuchel abschließend, „würde auch dem hohen Bedarf an kultursensibler Übersetzung in den Dienststellen Rechnung getragen werden.“

> Antrag: „Sprach- und Integrationsmittler“ und „Sprach- und Kulturlotsen“ in die öffentliche Verwaltung übernehmen!  
[http://bit.ly/mittler\\_integration](http://bit.ly/mittler_integration)

## ANTRAG **DIGITALISIERUNG** DER OFFENEN KINDER- UND JUGENDARBEIT

Während des aktuellen Lockdowns zeigt sich, dass der Digitalisierung in der Bildungswelt eine tragende Rolle zukommt. Doch nicht nur in den Schulen sind digitale Angebote bis hin zum ganzheitlichen digitalen Unterricht wichtig geworden. Auch die offene Kinder- und Jugendarbeit muss nachziehen und an die Pandemie angepasste Angebote schaffen. Um Grundlagen für die Digitalisierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu schaffen, hat die Stadtbürgerschaft heute einen Antrag der rot-grün-roten Koalition beschlossen, der den Senat auffordert, eine Digitalisierungsstrategie für diese Bereiche aufzulegen.

„Wir alle wissen, dass bereits mit dem ersten Lockdown viele junge Menschen in ihren Kontakten und Bewegungsräumen sehr eingeschränkt waren“, so Petra Krümpfer, Sprecherin für Kinder und Jugend der SPD-Fraktion, in ihrer Rede. „Dies ist mit dem zweiten Lockdown auch nicht viel besser geworden.“



Petra Krümpfer

Gerade deshalb wolle man mit diesem Antrag für diejenigen, die in außerschulischen Einrichtungen mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, weitere Möglichkeiten schaffen, um die



jungen Menschen in ihrem Alltag wirksam zu unterstützen. „Denn diese Einrichtungen leisten eine unschätzbar wertvolle Arbeit für die jungen Menschen“, betonte die Sozialdemokratin. „Sie verdienen Anerkennung – und Unterstützung.“

So soll das in dem Antrag geforderte Konzept unter anderem vorsehen, Jugendeinrichtungen mit schnellem WLAN zu versorgen und die Anschaffung von Hardware – Tablets, Laptops, Kameras – zu ermöglichen. Zudem sollen jugendspezi-

fische Online-Angebote geschaffen und eine Verbindung mit der Lernplattform ‚itslearning‘ gelegt werden, um von dort auf die Angebote der Jugendarbeit zugreifen zu können. Dafür sollen auch die iPads genutzt werden, die an Bremens Schüler\*innen verteilt wurden. „Viele Kinder und Jugendliche suchen und brauchen die Unterstützung in ihren vertrauten Einrichtungen der offenen Jugendarbeit“, resümierte Krümpfer am Ende ihrer Rede. „Diese jungen Menschen dürfen uns nicht verloren gehen.“

## ANTRAG **RUNDER TISCH: OSLEBSHAUSEN SOLL ENTLASTET WERDEN**

In Oslebshausen soll eine Klärschlammverbrennungsanlage entstehen. Viele Anwohner\*innen fürchten, dass dadurch zusätzliche Emissionen in ihrem Ortsteil entstehen, der ohnehin schon großen Belastungen ausgesetzt ist. Die Bürgerschaft hat daher auf Initiative der rot-grün-roten Koalition beschlossen, dass ein runder Tisch diesen Bedenken begegnen soll. Dieser soll unter Beteiligung des Beirats und einer Bürgerinitiative ein Begleitkonzept entwickeln. Ziel soll es sein, Oslebshausen zu entlasten.

Für den umweltpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk, ist klar: „Wir müssen und wir wollen die Sorgen der Menschen vor Ort ernst nehmen! Die Klärschlammverbrennungsanlage dort nicht zu bauen, wie es teilweise gefordert

wurde, kann nicht der Weg sein. Denn zum einen sind solche Anlagen in Industriegebieten erlaubt, und zum anderen müssen wir mit dem Schlamm auch entsprechend umgehen.“

Umso wichtiger sei der heutige Beschluss. „Mit einem Begleitkonzept wollen wir den Befürchtungen Rechnung tragen. Es müssen jetzt schon Maßnahmen beschlossen werden, um die Belastungen in Oslebshausen zu verringern. Und wir sind



Arno Gottschalk

überzeugt, dass dies am besten möglich ist, indem wir die Menschen vor Ort einbeziehen und uns mit dem Beirat und der dort aktiven Bürgerinitiative an einen Tisch setzen. Der Senat ist gefordert, mit sorgsamem Messungen die Belastungen durch Feinstaub oder auch Lärm regelmäßig zu ermitteln. Es muss aber auch klar sein, dass die Straßen durch den Transport nicht verdreckt werden. Und es muss schon jetzt gemeinsam mit dem Betreiber ein langfristiges Konzept entwickelt werden, wie die Brennrückstände entsorgt werden.“

>Antrag: Oslebshausen entlasten: Begleitkonzept zur Klärschlammverbrennungsanlage erstellen  
[https://bit.ly/oslebshausen\\_entlasten](https://bit.ly/oslebshausen_entlasten)

## FRAGESTUNDE **AUFENTHALTSQUALITÄT FÜR SENIOR\*INNEN IN DEN QUARTIEREN**

Sitzbänke in Quartieren erhöhen die Aufenthaltsqualität altersgerecht, findet die SPD-Fraktionssprecherin für Senior\*innen, Birgitt Pfeiffer. Aus diesem Grund hat sie in der heutigen Fragestunde der Stadtbürgerschaft nachgefragt: Teilt der Senat diese Ansicht? Erachtet er es für sinnvoll, bei der Aufstellung von Bänken mit Stadtteilbeiräten, Vereinen

und Sponsoren zu kooperieren? Und inwieweit plant der Senat entsprechende Maßnahmen?



Birgitt Pfeiffer

Ruhebänke mit ausreichender Sitzhöhe und Seitenlehnen seien für ältere Men-

schen hilfreich, um ihnen einen längeren Aufenthalt im Freien, Treffen mit anderen Menschen und Pausen im Sitzen zu ermöglichen, insbesondere bei längeren Wegen, antwortete Anja Stahmann, Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport, für den Senat. „Im Rahmen des Vorhabens, 1.000 Bänke für Bremen ist zu diesem Zweck von der Werkstatt Bremen ein spezieller Bank-Typ für ältere Menschen entwickelt worden, der über Seitenlehnen und die entsprechende Sitzhöhe verfügt“, so Stahmann weiter. Damit die Bänke für die ältere Zielgruppe attraktiv seien, müssten die Sitzgelegenheiten an für sie relevanten Wegeverbindungen stehen – bei der Auswahl der Standorte seien die Ortskenntnisse der Beiräte also wertvoll. Eine direkte Beiratsbefassung sei nicht erforderlich, da die Pflege und der Unterhalt durch

die Sponsoren erfolge. So werde man die Bänke auch auf privatem, aber öffentlich zugänglichem Grund, beispielsweise in der Nähe von Alten- und Pflegeheimen oder bei Sportvereinen, aufstellen.

Die Umsetzung des Programms sei in ihrem Hause bereits eingeleitet, ab Februar stünden die ersten zehn Bänke bereit, so die Sozialsenatorin abschließend. „Weiterhin wird im Rahmen von Planungen die Aufenthaltsqualität – und somit auch Sitzmöglichkeiten im öffentlichen Raum – berücksichtigt.“ Auf Nachfrage berichtete Stahmann, dass die ersten Bänke in Bremen Nord sowie in Osterholz aufgestellt würden. Zudem betonte sie auf weitere Nachfrage Pfeiffers, dass die Beiräte noch einmal ein Schreiben erhielten, das zur Beteiligung an der Standortsuche auftrufe.

## FRAGESTUNDE **REMBERTISTRASSE: BRAND EINES GESCHOSSWOHNUNGSBAUS**

Im Herbst 2020 brannte es in einem sechsstöckigen Wohnbau in der Rembertistraße. Die Bewohner\*innen mussten ihre Wohnungen verlassen, der Kontakt mit der Investorgesellschaft, die für die Wohnungen zuständig ist, gestaltet sich nach Medienberichten sehr schwierig. Zudem gab es bereits mehrere Einbrüche in die unbewohnten Wohnungen. Der SPD-Abgeordnete Ali Seyrek nutzte die heutige Fragestunde, um sich beim Senat zu erkundigen, ob schon Erkenntnisse über die Brandursache vorlägen, ob Fälle bekannt seien, in denen der Vermieter der Wohnung trotz nicht erfolgter Wiederherstellung des Wohnraumes noch Miete verlange und ob der Senat Kenntnisse habe, zu wann die Wohnungen wieder instandgesetzt würden.



Ali Seyrek

Die Ermittlungen hinsichtlich der Brandursache dauerten noch an, antwortete Innenstaatsrat Olaf Bull für den Senat. Ein Gutachten der Sachverständigen liege noch nicht vor. „Der Senat kennt keine zivilrechtlichen Streitigkeiten“, so der Innenstaatsrat weiter, „in denen der Vermieter trotz nicht erfolgter Wieder-

herstellung des Wohnraums weiterhin die Zahlung der Miete einfordert“.

„Das Ordnungsamt Bremen wird die Eigentümerin auffordern“, so Bull abschließend, „kurzfristig Auskunft bezüglich der geplanten Instandsetzung zu erteilen und mitzuteilen, wie sich der zeitliche Rahmen für die Instandsetzung bis hin zur Möglichkeit des Wiedereinzugs der Bewohnerinnen und Bewohner gestaltet“. Sofern die Eigentümerin die Instandsetzung nicht aktiv verfolge, werde man entsprechende Maßnahmen prüfen.

Es sei jedoch deutlich geworden, dass eine Hilfelücke im System vorhanden sei, betonte Bull auf Nachfrage des baupolitischen Sprechers der SPD-Fraktion, Falk Wagner. Ohne eine Hausratsversicherung würden Menschen knapp oberhalb der Unterstützungsgrenze durch das Hilfenetz rutschen, so Bull. Ein Hilfemodell wie den in Berlin diskutierten Feuerfonds wolle man genauer prüfen.



Falk Wagner

## FRAGESTUNDE **BAUARBEITEN AN DER DISCOMEILE**

Die Bauarbeiten an der Discomeile dauern an – doch seit Anfang Dezember 2020 stockt das Geschehen in Bremen Mitte. Anja Schiemann, verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, hat deshalb heute nachgefragt: Wie weit sind die Bauarbeiten am letzten Abschnitt fortgeschritten? Warum sind die Bauarbeiten ausgesetzt, und wie wirkt sich dies auf die Sperrung des Breitenwegs in Richtung Rembertikreisel aus? Und wird es bei der für Februar 2021 angekündigten Fertigstellung der Baumaßnahmen bleiben?

Es gebe noch offene Restarbeiten von



Anja Schiemann

Pflasterarbeiten im Bereich der Nebenanlagen, berichtete Verkehrssenatorin Maïke Schaefer für den Senat. Die Arbeiten an der Fahrbahn seien – mit Ausnahme der Markierungsarbeiten – abgeschlossen. Aufgrund

eines derzeit noch offenen Mängelverfahrens bezüglich der Betonplatten könne aktuell nicht weitergearbeitet werden. Allerdings gebe es keine Auswirkungen auf die baustellenbedingten Sperrungen, versicherte Schaefer. Nach heutigem Sachstand bleibe es bei der für Februar 2021 angekündigten Fertigstellung der Maßnahme – alle mit diesen Arbeiten zusammenhängenden Sperrungen dürften dann aufgehoben werden.